



Tagungsbericht:

## **Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Der NATO-Doppelbeschluß in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive**

Organisatoren: Philipp Gassert (Deutsches Historisches Institut Washington, D.C.); Tim Geiger, Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte München-Berlin); gefördert von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung

Datum, Ort: 26. bis 28. März 2009, *Hertie School of Governance*, Berlin

Bericht von: Tim Warneke, Universität Heidelberg / Heidelberg Center for American Studies.  
E-Mail: [Tim.Warneke@online.de](mailto:Tim.Warneke@online.de)

Am 12. Dezember 2009 jährt sich der NATO-Doppelbeschluß zum 30. Mal. Das Deutsche Historische Institut in Washington (PHILIPP GASSERT) und das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (TIM GEIGER, HERMANN WENTKER) nahmen dies zum Anlaß, der Geschichte und den Auswirkungen dieser grundlegenden nuklearstrategischen Entscheidung der NATO in einer hochkarätig besetzten, internationalen Konferenz nachzugehen, die vom 26. bis zum 28. März im Haus der *Hertie School of Governance* in Berlin tagte. Die Organisatoren hatten es sich dabei zur Aufgabe gemacht, die historischen Abläufe in einer mehrdimensionalen Perspektive zu verfolgen. Dabei sollten zum einen deutsch-deutsche, gesamteuropäische und transatlantische Blickwinkel eröffnet werden; zum anderen der Doppelbeschluß sowohl aus der Sicht der Entscheidungsträger in den jeweiligen Regierungen als auch aus der seiner Gegner und Mitglieder der Protestbewegungen analysiert werden. Es ging also auch und gerade um eine Verbindung der Diplomatie- mit der Gesellschafts- und Kulturgeschichte. Die Notwendigkeit einer solchen Konzeption erschließt sich ganz zentral aus dem historiographischen Problem der Erklärung der enormen Mobilisationskraft der Friedensbewegung.

Die erste Sektion befaßte sich mit den politischen Entscheidungen und Reaktionen der Supermächte. MICHAEL PLOETZ (Berlin) ging in seinem Vortrag zur Nuklearstrategie der USA zunächst auf die Grundfaktoren des Kalten Krieges ein. Das nukleare Patt habe den Einsatz des Krieges als Mittel der Politik zwar verhindert. Die Militärstrategie habe jedoch trotzdem eine große Rolle gespielt, und zwar als Mittel der psychologischen Beeinflussung des Gegners. Die amerikanische Nuklearstrategie habe dabei zwei Primärfunktionen gehabt: Erstens einen Nuklearkrieg zu verhindern, und zweitens das Bündnis mit den europäischen NATO-Staaten zusammenhalten. Zu diesem Zweck habe es eine starke Eskalationsdrohung

für jeden Krieg in Europa gegeben, wodurch Europa an die strategischen Nuklearwaffen der USA angekoppelt wurde. Besonders brisant war in den späten 1970er Jahren das Szenario einer Konfrontation der Supermächte in der Nahost-Region. Aufgrund der globalen Natur des Kalten Krieges bestand dabei stets die Gefahr einer horizontalen Eskalation, d. h. die Möglichkeit jeder der beiden Seiten, durch die Eröffnung einer neuen Front in einer anderen Region strategische Vorteile zu gewinnen bzw. Nachteile in der Region des Ursprungskonfliktes zu kompensieren. Für den Fall einer Konfrontation im Persischen Golf habe die Sowjetunion die Möglichkeit gehabt, Westdeutschland und insbesondere Berlin (West) zu bedrohen. Die Sowjetunion habe dann, so Ploetz, in den 1970er Jahren den Druck auf die Westeuropäer stark erhöht, wobei sie letztlich eine Revision der diplomatischen Beziehungen mit einer Neutralisierung Westdeutschlands angestrebt habe. Dagegen habe bereits Carter – und nicht erst Reagan – Gegenmaßnahmen ergriffen, indem er die Risiken für die Sowjetunion erhöht habe.

KLAUS SCHWABE (Aachen) beleuchtete dann die Rolle der USA bei der Implementierung des Doppelbeschlusses. Dieser habe dabei zunächst zu einer Zuspitzung der diplomatischen Spannungen geführt, dann aber zu dem Vertragsabschluß von 1987 mit der in ihm vereinbarten doppelten Null-Lösung beigetragen. Präsident Reagan habe dabei grundsätzlich eine Politik der Stärke vertreten. Man habe auf amerikanischer Seite eigentlich aufrüsten wollen, und sich dann, vornehmlich aus Rücksichtnahme auf die europäischen Verbündeten, doch dazu entschlossen, in Genf zu verhandeln. Dabei wertete Klaus Schwabe die von der amerikanischen Regierung, und besonders von den „Falken“ in deren Reihen, nämlich Richard Perle und Caspar Weinberger, vertretene Linie einer Null-Lösung als diplomatische Mogelpackung. Man habe auf amerikanischer Seite damit gerechnet, daß die Sowjetunion dem nie zustimmen würde, und also ein unrealistisches Verhandlungsziel verfolgt, da man keinen Verhandlungserfolg gewollt habe. Dementsprechend sei auch die zwischen Paul Nitze und Julij A. Kvizinskyj ausgehandelte „Waldspaziergangs-Formel“ abgelehnt worden. Im Frühjahr 1983 habe die amerikanische Regierung dann allerdings ihre Verhandlungsstrategie geändert, nicht zuletzt aufgrund der Massenproteste in Europa, und der Sowjetunion eine Zwischenlösung vorgeschlagen, da man in den Augen der Öffentlichkeit nicht die Schuld an einem Scheitern der Verhandlungen habe tragen wollen.

GERHARD WETTIG (Kommen) stellte die Position der Sowjetunion dar. Diese sei zunächst von drei Grundsätzen ausgegangen: Erstens habe sie für sich den Status zuverlässiger – sprich: absoluter – Sicherheit als Ziel verfolgt. Zweitens folgte daraus logischerweise das Streben nach der Fähigkeit, in einem Nuklearkrieg zu überleben, wobei die Sowjetunion die Ansicht, daß ein Nuklearkrieg sozusagen das Ende aller Dinge sei, nie geteilt habe. Und drittens sei sie davon ausgegangen, daß der Imperialismus seinem Charakter nach immer aggressiv sei, daß also die friedliche Koexistenz nur eine strategische Phase sein könne. Das Ziel der Sowjetunion in Europa sei ein System kollektiver Sicherheit unter Ausschluß der USA gewesen, die also zum Rückzug aus Europa habe gezwungen werden sollen. Die Funktion der SS 20 sei es gewesen, im Falle eines Krieges einen ideologisch als Verteidigung definierten vernichtenden Erstschlag – bzw. Präemptivschlag – gegen Westeuropa ausführen zu können. Dies sei zuerst von Helmut Schmidt erkannt worden. Seine Intention sei zunächst dahin gegangen, nicht eine Gegenrüstung des Westens, sondern einen Abbau der SS 20 zu erreichen. Dies sei jedoch gescheitert. Erst als Gorbatschow die sowjetische Verteidigungsdoktrin der absoluten Sicherheit aufgegeben, und sich statt dessen mit einer

hinreichenden, das heißt relativen Sicherheit zufriedengegeben habe, sei eine beiderseitige Einigung möglich geworden.

Am Abend des ersten Konferenztages fand dann als zweite Sektion der Konferenz ein Zeitzeugenforum statt, das von KARSTEN VOIGT, HANS-DIETRICH GENSCHER, ANTJE VOLLMER und RAINER EPPELMANN bestritten und von HORST MÖLLER moderiert wurde. Hans-Dietrich Genscher, der sich bereits an den vorangegangenen Diskussionen beteiligt und dabei vor allem auf die Bedeutung des Harmel-Berichts von 1967 hingewiesen hatte, betonte nun die Wichtigkeit der Bundesrepublik innerhalb der NATO. Sie sei aufgrund ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke ein unverzichtbarer Teil des Bündnisses gewesen. Gleichzeitig seien westdeutsche Politiker, vor allem Helmut Schmidt, Initiatoren, Vordenker, und die Bundesrepublik als Staat später Hauptträger des Doppelbeschlusses gewesen. Kaum überraschend war, daß Hans-Dietrich Genscher auch die Bedeutung der FDP in der Nachrüstungsdebatte besonders hervorhob. Diese sei die einzige Partei gewesen, die den Doppelbeschluß in beiden Teilen getragen habe, während die SPD den Stationierungs-, und die CDU den Verhandlungsteil des Beschlusses nicht ausreichend unterstützt hätten. Karsten Voigt, heute Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, damals außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, begründete seine Ablehnung des Doppelbeschlusses damit, daß dessen militärische Logik nicht gestimmt habe: Die Gefahr einer Abkopplung der Bundesrepublik von den USA habe entgegen den damaligen Befürchtungen nicht bestanden. Der politische, also der Verhandlungsteil des Doppelbeschlusses sei aber richtig gewesen. Voigt wies auch nachdrücklich darauf hin, wie schwierig es überhaupt gewesen sei, in der SPD eine Diskussion um außen- und sicherheitspolitische Fragen zu führen, da die meisten Fraktionsmitglieder so gut wie ausschließlich auf die Sozial- und Wirtschaftspolitik hin orientiert gewesen seien. Die ehemalige Vizepräsidentin des Bundestags Antje Vollmer benannte als Gründungsmitglied der Partei Die Grünen vor allem die Systemkonkurrenz und den auf westlicher Seite nach Ende des Kalten Krieges herrschenden Triumphalismus als Probleme. Es sei nicht möglich, totalitäre Systeme „totzurüsten“, da diese stets bereit seien, bei einer drohenden Niederlage die Flucht nach vorn zu ergreifen, also in einem Krieg den ideologischen Gegner in den Untergang mitzuziehen. Dabei wären sie auch bereit, die eigene Bevölkerung im Stile staatlicher Selbstmordattentäter zu opfern. Daher beruhe eine Politik der Entspannung, die auf militärisches Gleichziehen mit dem Gegner verzichte, zwar Risiken. Diese seien aber letzten Endes geringer als diejenigen Gefahren, die sich ergäben, wenn man versuche, den Gegner in die Enge zu treiben. Rainer Eppelmann benannte zwar auch den Zustand der nuklearen Abschreckung als instabil und gefährlich. Im Gegensatz zu Antje Vollmer wertete er den ökonomischen Druck, der durch die Rüstungsanforderungen auf die Warschauer-Pakt-Staaten ausgeübt worden war, aber als richtig und wichtig. Der Mißerfolg der westlichen Friedensbewegung bei ihrem Versuch, die Stationierung der Pershing II zu verhindern, sei leider notwendig gewesen. Zugleich habe die Friedensbewegung ihren Widerhall in einer autochthonen ostdeutschen Friedensbewegung gefunden, zu deren Formierung Eppelmann 1982 als Ostberliner Pfarrer mit seinem „Berliner Appell“ maßgeblich beitrug.

Die dritte Sektion untersuchte den NATO-Doppelbeschluß in deutsch-deutscher Perspektive. TIM GEIGER (Berlin) stellte in seinem Vortrag zur Politik der Regierung Schmidt-Genscher zunächst klar, daß die berühmte Rede Helmut Schmidts vor dem IISS in London 1977 kein langfristig geplanter Paukenschlag gewesen sei. In ihrer konzeptionellen Anlage sei sie in großen Teilen aus bereits vorhandenen Textbausteinen zusammengesetzt gewesen,

und habe sich vor allem mit Fragen der Weltwirtschaft beschäftigt. Nach Schmidts grundsätzlicher Auffassung hätten alle Komponenten der Abschreckung im Gleichgewicht sein müssen. Er habe sich daher darüber beklagt, daß die USA sich weigerten, die Mittelstrecken-Raketen in die SALT II-Verhandlungen aufzunehmen. Nach dem diplomatischen Debakel der Neutronenbombe, bei dem Schmidt zunächst auf Carters Drängen hin unter großen politischen Kosten eine Vorab-Zustimmung der Bundesrepublik zu ihrer Stationierung erreicht hatte, dann aber durch Carters Rückzieher desavouiert worden war, sei es zu einer Erosion der Glaubwürdigkeit der USA und zu ernsthaften Zweifeln an ihrer Führungsfähigkeit im Bündnis gekommen. Die USA standen also vor der Notwendigkeit, ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Die Frage der Mittelstreckenwaffen wurde nach anfänglichem Zögern in Washington als das Gebiet erkannt, auf dem dieses möglich war. Tim Geiger war sich mit Klaus Schwabe in der Bewertung einig, daß die USA primär an einer Stationierung neuer westlicher, und nicht an einem Abbau sowjetischer Raketen interessiert gewesen seien. Auch betonte er wie Hans-Dietrich Genscher die Bedeutung der Bundesrepublik im NATO-Bündnis. Diese sei Initiatorin des Doppelbeschlusses gewesen; sie habe durch Druck auf die USA erreicht, daß diese in Genf über Nuklearwaffen-Reduzierung verhandelt hätten, daß also der Doppelbeschuß auch ein solcher geblieben und nicht lediglich zum Stationierungsbeschuß reduziert worden sei; und sie habe schließlich für Kohärenz im Bündnis gesorgt. Letzteres beruhte auf dem elementaren Interesse der Bundesrepublik, ihren Status als Nicht-Nuklearmacht demonstrativ und kompromißlos beizubehalten. Aus diesem Grund seien z.B. die Pershing II-Raketen noch nicht einmal von Bundeswehr-Soldaten bewacht, geschweige denn bedient worden. Vor allem aber habe die Bundesrepublik im Bündnis das Prinzip der Nicht-Singularität durchgesetzt, daher auch andere NATO-Länder wie Italien oder die Niederlande zur Stationierung von Cruise Missiles zu bewegen gesucht, und dadurch eben die erwähnte Kohärenz hergestellt. Dies habe allerdings bewirkt, daß die Bundesrepublik innerhalb des Bündnisses nolens volens in die Rolle eines Junior-Führungspartners der USA gedrängt worden sei.

ANDREAS RÖDDER (Mainz) schloß daran mit einer Betrachtung der Politik der Regierung Kohl-Genscher an. Für Kohl sei vor allem die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Bundesrepublik als Partner im NATO-Bündnis der alles überragende Gesichtspunkt gewesen. Weiter habe für den promovierten Historiker Kohl die Geschichte und die von ihm daraus gezogenen Lehren stets eine wichtige Rolle gespielt. Aus der Urkatastrophe des Ersten Weltkrieges habe er den Grundsatz „Nie wieder Krieg“ abgeleitet, allerdings nicht in einer pazifistischen, sondern in einer sozusagen Adenauerschen Interpretation. Nach dieser sollte Kriegsverhinderung durch vorbehaltlose Westbindung in der auswärtigen, eine antikommunistische Ausrichtung der inneren Politik, und durch Abschreckung möglicher Angreifer nach dem Grundsatz *si vis pacem, para bellum* erreicht werden. Kohl habe aber durchaus auch die Gefahr von Rüstungswettrennen erkannt, und daher den Grundsatz „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ formuliert. Der Friedensbewegung habe die CDU, insbesondere ihr nationalkonservativer Flügel um Alfred Dregger, weitestgehend verständnislos gegenübergestanden. Sie sei als von Moskau gesteuerte „Unterwerfungsbewegung“ wahrgenommen worden, worin sich ein patriarchalisch-autoritäres Politikverständnis gezeigt habe. Kohl habe die Durchsetzung des Doppelbeschlusses als politischen Erfolg gewertet, da das Ansehen der Bundesrepublik überall gestiegen sei. Man habe dies allerdings auch als Vorrang des Systemzwanges interpretieren können, nach dem die Bundesrepublik als semi-souveräner Staat sich der NATO und insbesondere den USA habe anpassen müssen, um die von diesen gegebene

Sicherheitsgarantie nicht zu gefährden. Dieser Systemzwang habe jedoch bei Ende des Kalten Krieges seine Wirkungsmächtigkeit verloren: In der Frage der nuklearen Kurzstreckenwaffen habe die Bundesrepublik 1988/89 erfolgreich auf ihrer ablehnenden Haltung beharrt. Im Prozeß der Wiedervereinigung habe Kohl dann schließlich die politische Dividende der Doppelbeschluß-Durchsetzung ernten können.

FRIEDHELM BOLL (Kassel), unterstützt von JAN HANSEN (Berlin), widmete sich der Diskussion um den Doppelbeschluß als innerparteilichem Problem der SPD. In dieser sei die Politik der Regierung Reagan vor allem als bellizistisch empfunden worden. Viele Parteimitglieder hätten befürchtet, eine Nachrüstung würde die Erfolge der Entspannungspolitik zunichte machen. In den Auseinandersetzungen hätten sich mehrere innerparteiliche Fraktionen gebildet: Während die Parteiführung um Helmut Schmidt und Hans Apel den Primat des Gleichgewichts vertreten habe, sei von der Gruppe um Willy Brandt und Egon Bahr der schwache Vorbehalt gegen den NATO-Doppelbeschluß formuliert worden, daß im Falle eines Scheiterns der Genfer Verhandlungen neu über die Stationierung entschieden werden müsse. Die Fraktion um Karsten Voigt und Hermann Scheer habe dagegen den starken Vorbehalt vertreten, daß ein Gleichgewicht ausschließlich durch Rüstungsverhandlungen, d.h. auf keinen Fall durch eine westliche Nachrüstung hergestellt werden dürfe. Die Gruppe der Parteilinken um Oskar Lafontaine und Erhard Eppler schließlich seien strikte Gegner des Doppelbeschlusses gewesen und hätten nuklearpazifistische Positionen vertreten. Die gesamte Auseinandersetzung innerhalb der SPD könne, so Boll, als Generationenkonflikt gewertet werden, in dem die Grundeinstellungen der SPD-Jugend, vertreten durch Jusos und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) mit denen der „skeptischen Generation“ kollidiert seien. Die Klammer, die beide Teile der Partei noch beim Münchener Parteitag 1982 zusammengehalten hätte, sei die Notwendigkeit der Machtsicherung gewesen. Außerdem sei es Egon Bahr gelungen, mit dem Grundsatz der Sicherheit *mit*, und nicht *vor* dem Gegner, eine allgemein konsensfähige Position zu formulieren. Nach dem Austritt der FDP aus der Koalition sei allerdings die Machtsicherung kein Thema mehr gewesen. Die Gefahr eines tiefgreifenden Zerwürfnisses innerhalb der Partei habe derart zugenommen, daß es der neue Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel für seine dringlichste Aufgabe gehalten habe, Fraktion und Partei zusammenzuhalten. Es sei schließlich eine Einigung erzielt worden, die die Stationierung auf der Grundlage abgelehnt habe, daß in Genf nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgereizt worden seien. Ohne diesen innerparteilichen Kompromiß habe der Partei ein Mitglieder-Exodus gedroht. Der SPD sei es aber gelungen, durch ihre Öffnung gegenüber den Protestbewegungen diese ins politische System der BRD zu integrieren. Friedhelm Boll kritisierte schließlich die auch auf der Berliner Konferenz des öfteren vertretene Position, wonach der NATO-Doppelbeschluß durch den INF-Vertrag von 1987 ex post legitimiert werde. Die Friedensbewegung und der Doppelbeschluß seien nach seiner Ansicht darüber hinaus nicht so sehr als gegensätzliche, sondern als sich – letzten Endes – ergänzende historische Kräfte anzusehen.

Nach diesen drei Vorträgen zur bundesrepublikanischen Politik sprach HERRMANN WENTKER (Berlin) schließlich zur Haltung der Deutschen Demokratischen Republik zum NATO-Doppelbeschluß. Grundsätzlich bewertete er die Rolle der DDR als weitgehend passiv. In ihrer Politik habe ein Prinzipienkonflikt geherrscht: Zum einen sei ihre Grundausrichtung die einer unbedingten Loyalität gegenüber der Sowjetunion und einer Abgrenzung gegenüber der BRD gewesen. Zum anderen aber sei sie aufgrund ihrer ökonomischen

Schwäche wirtschaftlich von der Bundesrepublik abhängig, und daher auf Entspannung angewiesen gewesen. Sie habe daher ein dreigleisiges strategisches Vorgehen verfolgt, nämlich erstens die sowjetische Linie zu unterstützen, zweitens auf die westdeutsche Friedensbewegung einzuwirken, um deren politische Linie im Sinne der DDR zu beeinflussen, und drittens die Beziehungen zwischen DDR und BRD intakt zu erhalten. Dabei sei es das strategische Ziel der DDR-Führung gewesen, die SPD in der Bundesrepublik an der Macht zu halten, gleichzeitig aber ein inhaltliches Abrücken der Partei vom NATO-Doppelbeschluß zu bewirken. Honecker habe das Motto einer „Koalition der Vernunft“ aller friedenswilligen Kräfte – sprich: der Europäer, ohne die „bellizistischen“ Amerikaner – ausgegeben, und Wert darauf gelegt, gegenüber Helmut Schmidt verhandlungsbereit zu bleiben, da der DDR-Führung die internen Spannungen in der sozialliberalen Koalition durchaus nicht entgangen waren. Nach der erfolgten Stationierung habe in Moskau und in Ost-Berlin Ratlosigkeit geherrscht. Man habe für diese Entwicklung auf östlicher Seite über kein politisches Konzept verfügt. Der Begriff Helmut Kohls von der „Verantwortungsgemeinschaft“ der beiden deutschen Staaten sei in der Folge von Honecker aufgenommen worden, der weiterhin den strategischen Spagat zwischen Loyalität zu Moskau und guten diplomatischen Beziehungen zu Bonn habe bewältigen müssen.

In der vierten Sektion zu den Friedensbewegungen in Ost und West betrachtete zunächst MARTIN KLIMKE (Washington) die Friedensbewegung in transatlantischer Perspektive. Der Streit um den NATO-Doppelbeschluß sei die letzte große Auseinandersetzung des Kalten Krieges gewesen. Diese sei historisch nicht in den Kategorien von Sieg oder Niederlage beschreibbar, sondern müsse in Zusammenhängen verschiedener Sicherheitskulturen begriffen werden. Um diese zu veranschaulichen, widmete sich Klimke zunächst dem Atompilz als ikonographischem Element der Populärkultur im Kalten Krieg. Während dieser nach Ende des amerikanischen *age of anxiety* der 50er und frühen 60er Jahre in den späten 60ern ein vergessenes Klischee gewesen sei, habe er ab Mitte der 70er Jahre dann eine allmähliche Rückkehr ins öffentliche Bewußtsein erfahren. Bewirkt worden sei dies durch die Bildung der Umweltschutz- und Anti-Atom-Bewegung. Diese transnationale Protestbewegung habe durch den NATO-Doppelbeschluß einen besonderen Impuls erhalten. Den transnationalen Charakter der Bewegung sah Klimke einerseits in der Biographie von Aktivistinnen wie Randall Forsberg – die als Rednerin auf westdeutschen Friedensdemonstrationen auftrat – und Petra Kelly – die in den USA aufgewachsen und politisch sozialisiert worden war – exemplifiziert. Auch wies er auf den beiderseitigen Austausch von Kulturprodukten hin: Auf der einen Seite sei durch Popsongs wie Nenas „99 Luftballons“ oder Nicoles „Ein bißchen Friede“ die *german angst* zum Exportschlager geworden. Auf der anderen Seite seien amerikanische bzw. britische Erzeugnisse wie der US-Fernsehfilm „*The day after*“ oder der britische Comic bzw. Zeichentrickfilm „*When the wind blows*“ in Westdeutschland von einer breiten Öffentlichkeit rezipiert worden.

HELGE HEIDEMEYER (Berlin) sprach zur Friedensbewegung im Spannungsfeld zwischen Ost und West, und hierbei zu der seit jeher heiß diskutierten Frage des Einflusses des Ostens auf die westliche Friedensbewegung. Dieser sei vor allem von dem 1974 aus dem Kongreß für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit hervorgegangenen, gleichnamigen Komitee (KOFAZ) ausgeübt worden. Dies habe mit dem in Köln ansässigen Pahl-Rugenstein-Verlag, der unter anderem die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ herausgab, über ein schlagkräftiges Publikationsinstrument verfügt, und bei der Einflußnahme auf die westdeutsche Friedensbewegung durchaus einige Erfolge erzielen können. Es sei allerdings

bald zu einem Aufstieg einer unabhängigen Friedensbewegung gekommen, wodurch das KOFAZ gezwungen worden sei, seinen Dominanzanspruch innerhalb der Friedensbewegung aufzugeben und Kompromisse einzugehen. Dazu habe es sich in Kooperationen mit inhaltlich anders ausgerichteten politischen Strömungen begeben, so etwa beim „Krefelder Appell“, dessen prominente Mitinitiatorin Petra Kelly sich später aktiv für die unabhängige Friedensbewegung in der DDR einsetzte, und bei der Mitarbeit im Bonner Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung. Das KOFAZ spielte insgesamt zwar eine wichtige Rolle, mußte jedoch stets mehr oder weniger verdeckt agieren, da eine offene einseitige Parteinahme für die Sowjetunion zu viele Menschen vor den Kopf gestoßen, und so zu einer für das KOFAZ kontraproduktiven Spaltung der Friedensbewegung geführt hätte. Störend bei diesen Bemühungen wirkten vor allem die Grünen, die für Moskau nie ein verlässlicher Partner gewesen seien. Im Gegenteil hätten sich DDR-Dissidenten wie Rudolf Bahro, der damals Mitglied der Grünen war, sowie die generelle Sympathie, die viele Grüne östlichen Dissidenten entgegenbrachten, als stete Störfaktoren bei der Beeinflussung der Friedensbewegung erwiesen. Trotzdem sei es dem KOFAZ gelungen, auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik in beachtlichem Umfang einzuwirken. Auch habe das Ministerium für Staatssicherheit einzelne Mitglieder der Friedensbewegung, wie etwa den deutschlandpolitischen Sprecher der grünen Bundestagsfraktion Dirk Schneider, als IM anwerben können.

DETLEF POLLACK (Münster) stellte in seinem Vortrag zur unabhängigen DDR-Friedensbewegung zunächst den unorganisierten und spontanen Charakter der Bewegung heraus. Es habe sich um relativ disparate Gruppierungen gehandelt, deren Selbstverständnis als gemeinsamer Akteur nicht organisatorisch, sondern vor allem kognitiv erfolgt sei, und zwar nicht zuletzt vermittels der Etikettierung und Bedeutungszuweisung durch die West-Medien. Bei ihrer Entstehung hätten drei Faktoren eine Rolle gespielt: Zunächst sei in der DDR während der 70er Jahre eine kulturelle Opposition entstanden. Eine in dieser Zeit einsetzende Ernüchterung über den Sozialismus und seine Möglichkeiten habe zu einer schwindenden Loyalität gegenüber dem Regime geführt. Die kulturelle habe sich dann zur politischen Opposition gewandelt. Zweitens habe es in der DDR gewisse Liberalisierungserscheinungen gegeben, durch die eine Unterdrückung der Opposition nicht mehr in der Form möglich gewesen sei, wie noch während der vorangegangenen Jahrzehnte. Und drittens seien friedensbewegte Ideen aus dem Westen importiert worden, wobei besonders die evangelische Kirche eine bedeutende Rolle als Transmissionsriemen gespielt habe. Dabei seien allerdings die Interessen der Kirche in der DDR und der politischen Opposition durchaus nicht immer deckungsgleich gewesen: Der Kirche habe viel daran gelegen, zur Sicherung der unbehelligten Ausübung des Glaubens eine Beruhigung der politischen Lage zu erzielen, während es den oppositionellen Kräften naturgemäß mehr um Beunruhigung zu tun gewesen sei. Die Kirchen hätten dabei zunächst erfolgreich einen *modus vivendi* mit der Staats- und Parteiführung ausgehandelt. Dann aber sei es ab 1978 zur Auseinandersetzung um die Einführung eines Wehrunterrichts an den Schulen gekommen. Zur Abwehr dieser für sie inakzeptablen Entwicklung seien die Kirchen nun aktiv geworden, indem eine „Erziehung zum Frieden“ gefordert wurde. Die Friedensdekaden wurden eingerichtet, und die Mottos „Frieden schaffen ohne Waffen“ sowie „Schwerter zu Pflugscharen“ weithin verbreitet. Inhaltlich wurde vor allem die Doktrin, wonach Frieden gleichbedeutend mit dem Sieg des Sozialismus im internationalen Klassenkampf, und daher der Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus ein „Friedenskampf“ sei, abgelehnt. Die Kritik an der Aufrüstung verband sich dabei in der DDR ebenso wie in der Bundesrepublik mit

einer Kritik an der Moderne, besonders ihrer Erscheinungsform des Industrialismus, welcher vor allem in der zivilisationskritischen Analyse Rudolf Bahros als die Ursache allen Übels identifiziert wurde.

In der fünften Sektion zum Thema der gesellschaftlichen Auswirkung des NATO-Doppelbeschlusses und der Friedensbewegung ging PHILIPP GASSERT (Washington) in seinem Vortrag zu den gesellschaftlichen Auswirkungen in der Bundesrepublik zunächst auf die berühmte Auseinandersetzung zwischen Heiner Geißler und Joschka Fischer im Sommer 1983 ein, die sich an dem heute noch bekannten Ausspruch Geißlers entzündete, der Pazifismus habe „Auschwitz erst möglich gemacht“. Gassert stellte dazu die Fragen, wie es überhaupt zu dieser enormen moralisch-emotionalen Aufladung einer an sich doch recht technischen außenpolitischen Frage gekommen sei, und wie die Friedensbewegung in der BRD eine solche Mobilisierungskraft habe entfalten können, wo doch in den damaligen demoskopischen Untersuchungen stets die Wirtschaftslage als das nach Ansicht der Bürger wichtigste Thema ermittelt worden sei. Nach seinem Dafürhalten seien die Antworten darauf auf zweierlei Feldern zu suchen: Einmal sei der Streit um die Nachrüstung auf der politischen Ebene ein Stellvertreterkrieg um das Verhältnis zwischen repräsentativer und partizipativer Politik gewesen, wobei die Friedensbewegung versucht habe, letztere zu stärken. Auf der zweiten, kulturgeschichtlichen Ebene sei für die Zeit ab Mitte der 70er Jahre ein zunehmendes Unbehagen an der technischen Zivilisation zu verzeichnen gewesen. Die Friedensbewegung habe dabei den Wahnsinn des Wettrüstens als offene, aggressivste und zerstörerischste Auswirkung eines durch und durch fehlgeleiteten zivilisatorischen Modells, nämlich des konkurrenzbasierten Industrialismus gesehen. In soziopolitischer Perspektive hätten sich besonders im deutschen Südwesten grün-alternative und protestantisch-bürgerliche Milieus miteinander verbunden.

Auch ANJA HANISCH (Berlin) sah bei ihrer Betrachtung der ostdeutschen Gesellschaft an der Wende zu den 1980er Jahren Anzeichen für den allgemeinen Wertewandel von materiellen zu immateriellen bzw. postmateriellen Werten. Dabei stimmte sie mit Detlef Pollack darin überein, daß sich für diese Zeit eine einerseits abnehmende Systemloyalität, andererseits aber auch ein selbstbewußteres Auftreten der DDR-Bürger gegenüber den staatlichen Stellen konstatieren lasse. Diese Beobachtung sah sie vor allem durch die Analyse zweier Konfliktfelder bestätigt, nämlich einmal der Wohnungsproblematik, und zum anderen der Intershop-Politik. In den Eingaben der DDR-Bürger an die Behörden in Wohnungsfragen sei etwa ab Beginn der 1980er Jahre dieses neue, selbstsichere und fordernde Auftreten deutlich wahrnehmbar. Die Intershops, in denen hochwertige Waren gegen Devisen, insbesondere D-Mark gekauft werden konnten, führten aufgrund der Tatsache, daß ebendiese Devisen für normale DDR-Bürger unerreichbar waren, den Gleichheitsgrundsatz des real existierenden Sozialismus ad absurdum, da sie denjenigen, die über Westkontakte verfügten, den privilegierten Konsum ermöglichten. Hier entzog sich das System der DDR selbst seine Legitimationsgrundlage, wobei es andererseits ökonomisch auf die in den Intershops erwirtschafteten Devisen nicht verzichten konnte.

WILFRIED MAUSBACH (Heidelberg) stellte die Frage, ob die amerikanische Friedensbewegung Schrittmacher, Störenfried oder nur Zaungast gewesen sei. Dabei stellte er zunächst fest, daß der wohl größte Aktivposten der Bewegung wahrscheinlich niemand anderer als Ronald Reagan gewesen sei, der mit seinem konservativen Roll-Back die amerikanischen Liberalen in Scharen auf die Barrikaden getrieben habe. Abgesehen von



einigen Radikalpazifisten wie der Ploughshares-Gruppe um die Berrigan-Brüder sei die amerikanische Friedensbewegung aber im Vergleich sowohl zu den Anti-Vietnam-Protesten als auch zur westdeutschen Friedensbewegung relativ moderat gewesen. Anstatt wie letztere mit der Forderung nach Plebisziten das gesamte System der etablierten Politik in Frage zu stellen, hätte die Freeze-Kampagne statt dessen versucht, sich an dieses anzupassen und in diesem erfolgreich zu arbeiten. Vor allem die Einflußnahme auf Kongreßabgeordnete hätte einen bedeutenden Aspekt ihrer Aktionsformen dargestellt, wobei sie im Prinzip nicht anders vorging, als jede andere Lobby-Gruppe auch. Gemeinsam war der US-Friedensbewegung mit der in der Bundesrepublik allerdings der große Einfluß der Kirchen, wobei der katholische Erzbischof von Seattle, Raymond G. Hunthausen, sogar zum seit den Zeiten Henry David Thoreaus traditionellen amerikanischen Mittel des Steuerboykotts griff. Insgesamt habe die Freeze-Bewegung zwar keinen unmittelbaren Erfolg gehabt, und sei nach der Wiederwahl Reagans in den Zustand tiefer Demoralisierung verfallen. Indirekt habe sie aber durch den von ihr erzeugten öffentlichen Druck zur kompromißbereiteren Haltung Reagans in dessen zweiter Amtszeit beigetragen.

In der sechsten Sektion gab GEORGES-HENRI SOUTOU (Paris) eine Darstellung der Haltung Frankreichs zum NATO-Doppelbeschluß. Im Élysée und am Quai d'Orsay sei die Bedeutung der 1977er Rede Helmut Schmidts erst mit Verspätung erkannt worden. Die dann erfolgte Bewertung sei negativ gewesen: Eine eurostrategische Balance machte nach französischer Meinung keinen Sinn, da man die Abschreckung durch die US-Interkontinentalraketen als ausreichend betrachtet habe. Außerdem habe man früh die Gefahr erkannt, daß die eigenen Nuklearwaffen in etwaige Rüstungskontrollverhandlungen einbezogen werden könnten, was man unter allen Umständen habe verhindern wollen. Außerdem habe man die westdeutsche Initiative in Paris als Einmischung der Bundesrepublik in die nuklearstrategischen Verhandlungen der Supermächte empfunden, was nicht gerade mit Wohlwollen aufgenommen worden sei. In weiterer Perspektive habe in Frankreich stets die Befürchtung geherrscht, daß die Bundesrepublik plane, sich mit der Sowjetunion in irgendeiner Form ins Benehmen zu setzen und eine Wiedervereinigung zu erreichen, welche nach damaliger französischer Meinung eine Bedrohung des Gleichgewichts in Europa dargestellt hätte. Die Frage des NATO-Doppelbeschlusses sei daher für Frankreich stets mit der deutschen Frage verknüpft gewesen. Unter Mitterrand habe sich dann der Akzent der französischen Politik – unter Beibehaltung der Grundkonstanten – etwas verschoben: Man habe nun im Élysée vor allem die Notwendigkeit gesehen, die Bundesrepublik fest ins NATO-Bündnis einzubinden, wozu man insbesondere eine starke amerikanisch-deutsche Bindung als zielführend bewertet und daher gewünscht habe. Daß Helmut Kohl aus eigenen Gründen diesen französischen Wünschen in denkbar stärkster Form entgegenkam, hat wohl dazu beigetragen, daß er und François Mitterrand ein solch ausgezeichnetes Verhältnis zu einander aufbauen konnten.

Da BEATRICE DE GRAAF (Leiden), die eigentlich über die Niederlande sprechen sollte, leider verhindert war, wurde ihr Beitrag von CORELINE BOOT vorgetragen. Die Niederlande seien in der NATO als unzuverlässiger Partner wahrgenommen worden, eine Betrachtungsweise, die auf Seiten des Warschauer Paktes geteilt worden sei: So habe Boris Ponomarjow die Niederlande als das „schwächste Glied in der NATO-Kette“ bezeichnet. In der Tat habe die Friedensbewegung in den Niederlanden von allen westlichen Friedensbewegungen den größten Einfluß auf die Regierung ausüben können, was sie insbesondere ihrer Verankerung im Interkirchlichen Friedensrat (*Interkerkelijk*

*Vredesberaad*, IKV) zu verdanken hatte. Die Friedensbewegung der Niederlande sei eine Bewegung der bürgerlichen Mitte gewesen. Auf kommunistischer Seite sei das Projekt aufgekommen, sie zur kommunistisch gesteuerten Musterbewegung auszubauen, wobei die östlichen Geheimdienste allerdings eine böse Überraschung erlebt hätten, als der IKV begann, Kontakte zur unabhängigen DDR-Friedensbewegung aufzubauen.

Schließlich referierten BEATRICE HEUSER (Reading) und KRISTIAN STODDART (Southampton) über die britische Friedensbewegung. Sie widmeten ihren Vortrag dem kürzlich verstorbenen Kollegen und führenden Beamten des britischen Verteidigungsministeriums, Michael Quinlan, auf dessen Forschungen, Erfahrungen und Interpretation ihre Darstellung wesentlich beruhte. Dabei legten sie vor allem Wert auf die Feststellung, daß der NATO-Doppelbeschluß im Lichte einer anderen als der üblichen Rahmenerzählung betrachtet werden müsse. Die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles sei keine Reaktion auf die Dislozierung der SS-20 gewesen, sondern eine Maßnahme, durch die die Strategie der *flexible response* habe konsequent umgesetzt werden sollen. Diese habe vorgesehen, im Falle eines bewaffneten Konfliktes in Europa dem Gegner durch gezielte und begrenzte Nuklearschläge derartige Schäden zuzufügen, daß er seinerseits seine Absichten überdenke und die Kampfhandlungen einstelle, andererseits aber eine Eskalation auf die Ebene eines vollen interkontinentalen Schlagabtauschs vermieden werde. Die Cruise Missiles seien hierfür das geeignete Waffensystem gewesen. Dabei habe diese strategische Planung jedoch auf dem für den Kalten Krieg typischen Denkfehler des *mirror imaging* beruht, d.h. auf der Annahme, der Feind denke so, wie man selbst, und werde so reagieren, wie man selbst es tun würde. Dies sei jedoch eine Fehlwahrnehmung gewesen, die im Konfliktfall verhängnisvolle Auswirkungen habe bewirken können. Die Sowjetunion hätte sich keineswegs durch einige begrenzte Schläge beeindruckt lassen und sich, salopp formuliert, wieder nach Hause getrollt, sondern, wie wir heute wissen, die Kampfhandlungen schon durch ein massives Nuklearbombardement eröffnet.

In der Sektion waren ursprünglich noch Vorträge zu Polen und Italien vorgesehen, die aber leider entfallen mußten. Das Referat von LEOPOLDI NUTI (Rom) wurde in knapper Form von Hermann Wentker zusammengefaßt, und schilderte die von komplexen Faktoren der italienischen Außen-, vor allem aber auch Innenpolitik geprägte Entscheidung Italiens zur Stationierung. Insbesondere die eurokommunistisch orientierte KPI und ihr kompliziertes Verhältnis zur Sowjetunion einer-, und der *Democrazia Cristiana* andererseits spielten hierbei eine wichtige Rolle.

In der Schlußdiskussion, an der sich unter der Moderation durch HANS-PETER SCHWARZ (Bonn) HELMUT ALTRICHTER (Erlangen/Nürnberg), ECKART CONZE (Marburg), JOST DÜLFFER (Köln), HELGA HAFTENDORN (Berlin) und JEFFREY HERF (College Park, Maryland) beteiligten, wurden noch einmal die großen Interpretationsansätze wie auch die noch zahlreich vorhandenen diesbezüglichen Meinungsverschiedenheiten deutlich.

Die Erklärungsfähigkeit des Historikers wird in der Regel vor allem von den großen Katastrophen wie den Weltkriegen und dem Holocaust herausgefordert. Im Fall des Endes des Kalten Krieges steht man indes vor dem Mirakel eines – besonders aus deutscher Sicht – geradezu optimalen Verlaufs der Geschichte, das aber nicht weniger nachdrücklich die Frage stellt, was die Ursachen seiner historischen Genese waren. Es kristallisierte sich auf der

Tagung heraus, daß vor allem der Aufstieg Michail Gorbatschows an die Spitze der UdSSR und die von ihm begonnenen Reformen die Bemühungen der Forschung um Erklärungen noch lange Zeit absorbieren wird.

Auf der Tagung kamen im wesentlichen drei Erklärungsmuster in den Diskussionen auf: Erstens die vor allem von JEFFREY HERF prononciert formulierte Deutung, daß die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses, vor allem auch in seinem Stationierungsteil, einen Sieg des Westens dargestellt habe, der der Sowjetunion demonstrierte, daß ihr Einsatz der SS-20 als politische Waffen, mit denen die Öffentlichkeit und die Regierungen in Westeuropa gelenkt werden sollten, nicht zum gewünschten Ergebnis geführt hatte, und daß deshalb nur noch ein Weg offenblieb, nämlich der der Reformen; daß also der Westen durch die Stationierung der Pershing den *regime change* in der Sowjetunion erzwungen habe.

Auf der anderen Seite nahmen es gerade auch auf der Tagung anwesende Vertreter der Friedensbewegung wie EVA QUISTORP für sich in Anspruch, durch die Massenmobilisierung der Bevölkerung für den Frieden die Perzeption der Sowjetunion verändert und dort Bedrohungsvorstellungen abgebaut zu haben; man habe demonstriert, daß zumindest die *Bevölkerung* im Westen nicht aggressiv gegenüber der Sowjetunion sei, sondern vielmehr Frieden wolle. Daher habe sich auf Seite der sowjetischen Nomenklatura die Überzeugung gebildet, daß man das Wagnis Gorbatschow eingehen könne.

Und schließlich wurde die Wende in der Sowjetunion besonders von HELMUT ALTRICHTER zu einer Reformpolitik aus internen Gründen der Politik und Wirtschaft der Sowjetunion erklärt: Der Staat sei nach einer langen Phase der Gerontokratie, einer Herrschaft alter und kranker Männer, in eine Situation geraten, in der der Respekt der Bevölkerung vor der Staatsführung den Nullpunkt erreicht habe. Verwiesen wurde auf die damals überall in der Sowjetunion im Umlauf befindlichen subversiven Witze über die alten Männer an der Spitze. Mit dem Respekt sei auch die Motivation der Werktätigen kollabiert. Das entsprechende Motto habe gelautet: Ihr, die Regierenden, tut so, als würdet ihr uns bezahlen, dafür tun wir, die Arbeiter, so als würden wir arbeiten. Daher habe die Nomenklatura erkannt, daß ein Generationswechsel überfällig sei. Gesucht worden sei ein leistungsfähiger, d.h. nicht zuletzt relativ junger und gesunder Wirtschaftsmanager, dem man es zutraute, den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen. Gorbatschow sei dieser Mann gewesen.

Die zum Teil recht kontroverse Diskussion zeigte, daß die historische Bewertung des Komplexes von NATO-Doppelbeschluß, Kaltem Krieg und Friedensbewegungen noch lange nicht abgeschlossen ist. Nachdrücklich wurde insbesondere die Einbettung gerade der Geschichte der Friedensbewegung in kulturelle und intellektuelle Strömung des 20. Jahrhunderts gefordert, wobei in der jüngsten Forschung der Trend festzustellen ist, in diesem Kontext vermehrt Phänomene der Emotionalität, insbesondere der Angst, Aufmerksamkeit zu widmen. Auch ist darauf hinzuweisen, daß sich inzwischen eine größere Zahl von Dissertationsprojekten mit dem Thema von NATO-Doppelbeschluß und Friedensbewegung befassen.

Abschließend bleibt zu bemerken, daß zum Zweck der Unterstützung und Vernetzung dieser Forschungen kürzlich das Digitale Archiv <http://www.nuclearcrisis.org> eingerichtet

wurde, welches als Gemeinschaftsprojekt vom Deutschen Historischen Institut Washington, D. C., dem Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, dem Center for American Studies Heidelberg und dem Historischen Seminar der Universität Augsburg betrieben wird.

### **Konferenzübersicht:**

#### *Sektion I Die Supermächte: Politische Entscheidungen und Reaktionen*

Michael Ploetz: Die amerikanische Nuklearstrategie im Wandel: SALT II, die Westeuropäer und der NATO-Doppelbeschluss.

Klaus Schwabe: Verhandlungen und Stationierung: Die USA und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses.

Gerhard Wettig: Sowjetische Euro-Raketenrüstung und Auseinandersetzung mit den Reaktionen des Westens. Motivationen und Entscheidungen.

#### *Sektion II Zeitzeugenforum*

Hans-Dietrich Genscher, Bundesminister a. D.

Antje Vollmer, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a. D.

Rainer Eppelmann, Vorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Karsten Voigt, Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit

Moderation: Horst Möller, Direktor des IfZ

#### *Sektion III Der NATO-Doppelbeschuß in deutsch-deutscher Perspektive*

Tim Geiger: Der Weg zum NATO-Doppelbeschuß in westdeutscher Perspektive: Die Politik der Regierung Schmidt-Genscher.

Andreas Rödder: Von der „Wende“ zur Nachrüstung: Die Politik der Regierung Kohl-Genscher.

Friedhelm Boll: Doppelbeschuß und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD.

Hermann Wentker: Zwischen Unterstützung und Ablehnung der sowjetischen Linie: Die DDR, der Doppelbeschuß und die Nachrüstung.

#### *Sektion IV Der Nato-Doppelbeschuß und die Friedensbewegung in Ost und West*

Martin Klimke: Von den USA nach Westeuropa: Friedensbewegung als transnationales Phänomen der westlichen Welt.

Helge Heidemeyer: Die westdeutsche Friedensbewegung im Spannungsfeld zwischen Ost und West.

Detlef Pollack: Zwischen Staat und Kirche, zwischen Ost und West: Die Friedensgruppen in der DDR.

#### *Sektion V Gesellschaftliche Auswirkungen von Nato-Doppelbeschuß und Friedensbewegungen*

Philipp Gassert: Die gesellschaftlichen Auswirkungen in der Bundesrepublik.

Anja Hanisch: Zwischen Militarisierung und abnehmender Systemloyalität: Die ostdeutsche Gesellschaft an der Wende zu den 1980er Jahren.

Wilfried Mausbach: Schrittmacher, Störenfried oder Zaungast? Die amerikanische Friedensbewegung und das Ende des Kalten Krieges.

*Sektion VI Doppelbeschluss und Nachrüstung in der NATO und im Warschauer Pakt*

Georges-Henri Soutou: Frankreich: Unbeeinträchtigte Unterstützung für den Doppelbeschluss?

Beatrice de Graaf (vorgetragen von Coreline Boot): Die Niederlande: Unklare Regierungslinie und starke Friedensbewegung.

Beatrice Heuser, Kristian Stoddart: Großbritannien: Zwischen Unterstützung für den Doppelbeschluss und „Campaign for Nuclear Disarmament“.

*Sektion VII Resümierende Abschlussdiskussion: Die Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses für Politik und Gesellschaft in der Ost-West-Konfrontation*

Moderation: Hans-Peter Schwarz, Universität Bonn

Diskutanten: Helmut Altrichter (Universität Erlangen-Nürnberg), Eckart Conze (Universität Marburg), Jost Dülffer (Universität Köln), Helga Haftendorn (Freie Universität Berlin), Jeffrey Herf (University of Maryland)